

Verteidigung der Menschenrechte durch die Kirche. Sie betont ihre Unruhe gegenüber den wirtschaftlich-sozialen Mißständen (I, 9) und bringt Probleme zur Sprache wie das Recht auf Meinungsäußerung, auf freie Syndikatsbildung und einen legitimen politischen Pluralismus sowie die Achtung der ethnischen Minderheiten und des kulturellen Eigenlebens innerhalb der einzelnen Bevölkerungsgruppen (I, 11 ff.).

Forderung nach mehr Rechtsstaatlichkeit

Mit einer gewissen Schärfe fordert die Versammlung die Gleichheit vor dem Gesetz und die Beseitigung der Sondergerichte (I, 18). Sie verurteilt die vom gegenwärtigen Regime angewandten physischen und psychologischen Foltern politischer Häftlinge (I, 20) und klagt das „imperialistische System kapitalistischen Typus“ an, das gegenwärtig die spanische Gesellschaft beherrsche (I, 21). Die gegenwärtig noch bestehende *Sonderstellung der katholischen Kirche* und ihre enge Verflechtung mit dem Staat durch politische Vertretung des Episkopats in staatlichen Institutionen wie den Cortés und dem Kronrat, die trotz des Votums der Versammlung gerade bei den letzten Cortés-Ernennungen durch drei Bischöfe wieder erneuert wurde, verhindert jedoch eine unabhängige Meinungsäußerung und ein konsequentes soziales Engagement der Kirche. Die Versammlung distanzierte sich daher von jeglichem offiziellen politischen Engagement und

fordert die Entfernung kirchlicher Repräsentanten aus öffentlichen Organen. Um in allen Bereichen eine klare Linie zu schaffen, forderte die Versammlung eine rechtliche Neuordnung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat, die in der Aufgabe sämtlicher *gegenseitig eingeräumter Privilegien* bestehen müsse und die die Unabhängigkeit beider Seiten garantiere, ohne auf eine sinnvolle Zusammenarbeit für das Allgemeinwohl Verzicht zu leisten.

Den spektakulärsten Punkt stellt dabei die auch von Rom geforderte Aufgabe des Mitbestimmungsrechts Francos bei der *Nominierung der Bischöfe* dar (I, 45). Verändern dürften sich aber auch die Sonderstellung der katholischen Kirche in der spanischen Verfassung, die Befreiung der katholischen Geistlichen von weltlicher Gerichtsbarkeit, die Aufhebung der Steuerfreiheit für kirchliche Güter und das absolute Vorrecht der kirchlichen vor der weltlichen Trauung, Privilegien, auf die der Vatikan nur schwer verzichten dürfte. Die Resolutionen der Versammlung sehen auch eine *finanzielle Unabhängigkeit* der spanischen Kirche vor, obwohl diese augenblicklich noch nicht auf die staatliche Beihilfe von jährlich 180 Millionen DM verzichten kann.

Regierungsfreundliche Bischöfe in Minderheit

Den Bischöfen selbst wurde während der Versammlung das Risiko ihrer neuen Haltung sehr wohl bewußt. Eine konservative Gruppe unter Führung des Madrider Weihbischofs

J. Guerra Campos forderte die Auflösung der Klerusversammlung und verließ das Plenum, um eine gleichzeitige Protestversammlung in einer Kirche Madrids abzuhalten. Der spanische Kardinalprimas und interimistische Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal *V. Enrique y Tarancón* (Toledo/Madrid), verteidigte dagegen auf der Schlußversammlung die neue Haltung der Kirche mit der Begründung, daß die heutige Gegenwart auch an die Priester andere und höhere Anforderungen stelle als bisher.

Die spanische Regierung hat sich bisher, von indirekten Äußerungen General Francos selbst abgesehen, noch nicht offiziell zu den Beschlüssen der Klerusversammlung geäußert. Als indirekte Reaktion können jedoch die Versuche regierungsfreundlicher *spanischer Massenmedien* betrachtet werden, durch deren *tendenziöse* Berichterstattung eine Umfunktionierung der Versammlung versucht wurde. Zusätzlich hatte die falangistische Nachrichten-Agentur „Pyresa“ vom Informationsministerium Anweisung erhalten, die politischen Beschlüsse der Klerusversammlung *nicht* zu veröffentlichen. Als weitere Reaktion darf das Eindringen der Staatspolizei in eine Kirche der Hauptstadt bezeichnet werden, in die sich eine Gruppe Streikender geflüchtet hatte. Die Streikenden wurden gegen den Widerstand des Pfarrers, der von Kardinal Tarancón den Auftrag erhalten hatte, sich der Polizei entgegenzustellen, festgenommen, was eine heftige Protestwelle im spanischen Klerus auslöste.

Vorgänge und Entwicklungen

Publik und der deutsche Katholizismus

Zum Ende eines gelungenen und dennoch mißglückten Versuchs

Mitte November, ausgerechnet in der betont-bürgerlich evangelischen Trauerzeit des hereinbrechenden Winters, vor dem Totensonntag und dem Buß- und Bettag, ging eine durch und durch katholische Trauernachricht durch den deutschen Blätterwald. Sie erregte mehr Aufsehen als irgend ein anderes kirchliches Ereignis der letzten Wochen. Nicht einmal über den gewiß angreifbaren Verlauf der römischen Bischofssynode wurde so heftig diskutiert. Gemeint ist das plötzliche, wenn auch nicht unerwartete *Ende von „Publik“*. Presseorgane, Redaktionen, kirchliche und politische Gruppen raisonnierten wochenlang darüber. Es gab kein Blatt von einigem Renommee, von

den großen Tageszeitungen über die überregionalen Wochenzeitungen, die großen Schwestern der Toten, bis hin zu den Publikumszeitschriften und den Provinzgazetten, das die Todesnachricht nur pflichtgemäß weitergab, ohne sie auch eingehend und mehr oder weniger pietätvoll zu kommentieren.

Doch was für die Presse brisante, aber rasch vergangene Tagesaktualität war, wird die Väter der Toten, ihre Freunde und Kritiker und all jene kirchlich-gesellschaftlichen Gruppen, die man mangels präziserer Umschreibung als deutschen Katholizismus bezeichnet, noch jahrelang beschäftigen. Das garantieren die spät eingeleiteten,

ergebnislosen Rettungsversuche, die heftigen Nachrufe und die über die Bischöfe hereinbrechende Entrüstung, die nur zum geringeren Teil journalistischen Ursprungs war, zum übergroßen Teil aber spontan aus dem an Publik engagierten Kirchenvolk herausbrach. „Tiefes Bedauern“, das war der domestizierteste und sicher auch zutreffendste Ausdruck, den man in den Tagen nach der Entscheidung des Verbandes der Diözesen am 15. November hören konnte. Die Engagiertesten unter den Bedauernden bedienten sich jedoch weit kräftigerer Ausdrücke. Von einer „unglaublichen Fehlentscheidung“ war die Rede, von einem „Mundtotmachen der nachkonziliaren Kirche in Deutschland“, von „unabsehbarem Schaden“. Der eine sprach von der verordneten „Rückkehr ins Ghetto“, ein anderer von der „Ideologie der kleinen Herde“, die der Zeitung das Leben kostete. Von Pressure Groups und rheinischen Minenlegern wußte ein dritter zu berichten.

Wer in jenen Tagen wirtschaftlich argumentierte, hatte es schwer, sich verständlich zu machen, denn schließlich schwimme die Kirche ja noch im Geld. Der „bedeutendste deutsche Theologe“ rief „Schande“ und sah sich in „wirkliche Verzweiflung“ geraten „über die Mentalität und die Zukunft des deutschen Katholizismus und auch der deutschen Kirche“. Und ein sonst liebenswürdig-praktisch wirkender bayerischer Rundfunkmann eher konservativen Geblüts sah eine „Nickmännlein-Kirche“ reinsten Wassers im Anzug, gegen die selbst konservative Geister auf die Barrikaden gehen würden. Es sah aus, als ob mit Publik nicht nur eine Schlacht, sondern der ganze katholische Emanzipationskrieg verloren sei. Nach einer Zeit dürftig keimender Liberalität, Weltoffenheit und Toleranz sah man sich wieder auf dem Rückweg in ein prälatenhaftes, machtverbissenes, unverträgliches katholisches Hinterwäldlertum von geradezu Böllscher Farbigkeit. Selbstverständlich wurde auch von spontanen, aber zu späten Spendenaktionen berichtet, aber auch von Kirchenaustritten. Mancher, der sich seinerzeit, als Publik gegründet wurde, indignierte, die *Bischöfe* würden sich mit Spenden und Kirchensteuermitteln ein marktverzerrendes, die kirchliche Meinung hierarchisch polarisierendes Sprachrohr schaffen, wettete jetzt, nachdem ein Stück Gegenteil gelungen war, sie drehten den Finanzhahn zu, um ein ihnen entwachsenes und deshalb unliebsam gewordenes Blatt zu beseitigen.

Die Presse sah es nüchterner

Von Ausnahmen abgesehen (vgl. etwa „Süddeutsche Zeitung“ vom 17. 11. 71), waren die branchenspezifischen Kommentare nüchterner. Das Bedauern fehlte auch hier nicht.

Die „Zeit“ (19. 11. 71), für die Publik an äußersten Rändern zur leicht vernehmbaren Begleitkonkurrenz geworden war, konstatierte auf ihrer ersten Seite durch den stellvertretenden Chefredakteur *Th. Sommer*: „Der Versuch der katholischen Bischöfe ist gescheitert, eine weltoffene, diskussionsfreudige Wochenzeitung zu schaffen...“ Und: „Die deutsche Presselandschaft wird ein gehöriges Stück flacher.“ Ein besseres Zeugnis durch das deutsche Renommierblatt wäre kaum denkbar gewesen. Aber dann wird doch nüchtern festgestellt: „Und wenn auch bekannt ist, daß manchem Kirchenfürsten die stolze Meinungsautonomie der Publik-Redaktion ein dauerndes Ärgernis war, so gibt es doch zwingende, unverdäch-

tige Gründe genug für die Einstellung des Versuchs.“ Die „buchhalterische Nüchternheit“ des Communiqués der Bischöfe, mit dem die Einstellung der katholischen Wochenzeitung angekündigt wurde und die so viele Katholiken in Rage brachte, schien die „Zeit“ nicht zu stören. Ihr Fazit: Hoffnungslos ist jedes Unterfangen einer Neugründung, „wenn dahinter nicht ein Verleger steht, der Millionenverluste nur vor sich selbst zu verantworten braucht“. Ein „ehrenwerter Versuch“ also, aber nicht mehr.

Salomonisch befand die „Deutsche Zeitung / Christ und Welt“ (18. 11. 71), die bei der Gründung von Publik als evangelisches Paradigma auch katholisch erreichbarer Rentabilität diene: „Wer dem katholischen Establishment eine einseitige Vorliebe für die christlich-demokratische Opposition nachsagt, wird zu dem Schluß kommen, daß die politische Haltung... ausschlaggebend war. Wer rechnet und dabei die 28 Millionen Mark aus Kirchensteuermitteln und Kollekten bedenkt, die seit der Gründung von Publik... bewilligt wurden, wird für die Todesanzeige eher die finanziellen Bedürfnisse verantwortlich machen.“ Aber dann wird auch diese salomonische Weisheit zerpflückt: Die Zeitung habe in letzter Zeit gerade aus den Reihen der Opposition Schützenhilfe erhalten (allerdings, was die „Deutsche Zeitung“ übersieht, nur von einem Minderheitsflügel der offenen Mitte der CDU). Politische Gründe *allein* könnten es also nicht gewesen sein, und kirchenpolitische scheinen bei „Christ und Welt“ keine Rolle zu spielen: Das Blatt sei vielmehr über seine eigenen Geburtsfehler gestolpert. Und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (19. 11. 71) stellte im Wirtschaftsteil eine Vergleichsrechnung mit der Auflagenentwicklung der anderen Wochenzeitungen auf dem bundesdeutschen Markt an und teilte mit, was Sachkundigen im deutschen Pressewesen kaum entgangen sein dürfte: daß von allen deutschen Wochenzeitungen nur zwei eine einigermaßen sichere Existenz führen können: die „Deutsche Zeitung / Christ und Welt“ mit einer Verkaufsauflage von knapp über 150 000, aber auch nur weil sie „sicher eingebettet“ ist in den finanzkräftigen Holtzbrink-Konzern, und die größte deutsche Wochenzeitung „Die Zeit“ mit einer Verkaufsauflage von rund 276 000. Diese ist auch die einzige deutsche Wochenzeitung mit einem nennenswerten Zuwachs (17 000 von Herbst 1970 bis Herbst 1971) und selbst diese konnte bis vor zwei Jahren nicht ohne Zuschüsse aus der Beteiligung ihres Verlegers (*G. Bucerius*) an dem Konzern Gruner + Jahr leben. Der Schluß des Berichterstatters: Obwohl es einzelnen Blättern von Zeit zu Zeit gelingt, zusätzliche Leser zu gewinnen, scheint der *Interessenkreis* des Wochenzeitungsmarktes weitgehend ausgeschöpft zu sein. Das zu langsame Wachstum von Publik habe nur wieder einmal bestätigt, daß der Markt der Wochenzeitungen eng bleibt. Der Kommentator meinte: „In allen Punkten behalten die Skeptiker recht, die von Anfang an... keine großen Chancen eingeräumt haben. Sie sehen sich in ihrer Voraussage voll bestätigt, daß eine angesehene katholische Zeitung mit weiter Perspektive auf immer mehr Gegner im Katholizismus stoßen mußte und daß es nicht zuletzt ein fast unübersehbares ökonomisches Risiko ist, eine neue Wochenzeitung zu plazieren.“

Im Durchschnitt sprach aus den Pressekommentaren Bedauern über das Nichtgelingen bzw. über den Abbruch des Experiments neben Verständnis für die ökonomischen Notwendigkeiten. Selbst in der „Welt“ stellte *B. Nellesen*

fest: „Was verliert der deutsche Katholizismus? Ein Forum, auf dem er in bisher unbekannter Weise seine theologische Bandbreite mit beachtlichem Mut, oft spitzer Feder, doch bar jeglicher Böswilligkeit offenlegte. Ein Organ, das sich wie kein anderes katholisches Blatt zur innerkatholischen Kommunikation anbot.“ Aber auch Nellessen wiederholte, was jeder Journalist weiß: „Das Leserreservoir für diese Wochenzeitung gehobener Ansprüche wie für katholische Zeitschriften generell ist geringer, als in so mancher Predigt, mancher Werbung versichert wird.“

Nur der „Spiegel“ lud in Übereinstimmung mit dem heftigen innerkatholischen Protest alle Schuld an dem Mißgeschick auf die Schultern der zahlungsunwilligen Mehrheit der Bischöfe ab (Ausgabe vom 22. 11. 71). Anders der „Rheinische Merkur“: Er hielt es gerade umgekehrt und erklärte noch vor dem Erscheinen der letzten Nummer von „Publik“, es habe keine echte Informationslücke bestanden, die die Zeitung hätte ausfüllen müssen. Der Hinweis, nicht gebraucht zu werden, ist sicher das Unhöflichste, was man über eine Sterbende sagen kann.

Woran ist Publik gestorben?

Angesichts der vielen Emotionen und Wertungen, die das Ende von Publik begleitet haben, fällt es trotz der plausiblen Daten schwer, zu einem sachlichen Urteil über das Ende der Zeitung zu kommen. Woran ist sie gestorben? Manches publizistische Organ geht an sich selbst zugrunde: an mangelndem Realitätssinn, an zu schwacher Initiativkraft, an zu lässigem Umgang mit dem eigenen Metier oder dadurch, daß es sich selbst uninteressant macht. Gerade konfessionelle Blätter sterben nicht selten diesen Tod, und wenn man an manche Stimmen zu Beginn des Experiments denkt, dann wäre man auch in diesem Fall geneigt, an solche oder ähnliche Todesursachen zu denken. Doch an sich selbst ist Publik nicht zugrunde gegangen. Ihr publizistisches Ansehen ist reichlich dokumentiert. Sie war eine gut geschriebene, gut redigierte und gut gestaltete Zeitung. Sie war noch zu jung, um zu voller publizistischer Souveränität gelangt zu sein. Dazu waren auch die Umstände ihres Entstehens zu schwierig und der innere Zwang zu Rücksichtsnahmen trotz praktizierter Unabhängigkeit zu groß. Wer unideologisch, aber kirchlich solidarisch denkt, hätte sich im Politischen noch mehr ideologische Distanz und noch mehr Sachnähe gewünscht. Doch ist nicht zu übersehen, daß Publik wohl das erste katholische Organ war, das regelmäßig Vertreter aller demokratischen Parteien in seinen Spalten versammelte, daß Publik ein Organ war, das politische Beachtung verdiente und sie auch fand. Man hätte sich im kirchlichen Bereich, auf theologischem Gebiet zumal, mehr sachbezogene Information und mehr Diskussion zwischen verschiedenen Strömungen gewünscht, aber das lag nicht nur an der Redaktion, sondern auch am *Stil gegenwärtiger Theologie*. Sie hat sich streckenweise für ein breiteres Leserpublikum etwas zu chic intellektuell gegeben und die lebenshilflichen Sparten nicht übermäßig gepflegt, aber ein Publikationsorgan kann eben nicht alles sein und auf allen Niveaus etwas bieten wollen. An sich selber ist die Zeitung nicht gestorben.

Starb sie an verlegerischer Fehlkalkulation? Zweifels- ohne sind grobe Rechenfehler unterlaufen. Aber diese Fehler bezogen sich nur in geringerem Maße auf die Details (Werbung, Bildbeilage etc.) und auf die redaktionelle

Lohn-Preis-Gestaltung. Wohl hat der zweimalige Wechsel in der Verlagsleitung (das erste Mal durch den Tod des Geschäftsführers und eigentlichen Gründungsmotors *H. Suttner*) ihre Spuren hinterlassen; auch waren die Redakteure über die wirtschaftliche Lage des Blattes ganz offensichtlich völlig unzureichend informiert.

Fehleinschätzung beim Start

Doch scheinen die *kalkulatorischen Fehler* früher zu suchen zu sein, bei der Rentabilitätsrechnung zu Beginn des Experiments. Das Kommuniqué des Verbandes der Diözesen sagt es nochmals deutlich: „Die Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland haben die Gesellschaft für Publizistik mbH mit der Zusage einer Starthilfe für eine Anlaufzeit von fünf Jahren in Höhe von insgesamt 15 Millionen DM ausgestattet. Der diesen Beschlüssen zugrunde liegende Finanzierungsplan sah vor, daß . . . Publik in fünf Jahren die Rentabilitätsschwelle erreichen werde. Dieser befristete Finanzierungsplan war wesentliche Bedingung für die Gewährung der Starthilfe.“ Geht man einmal davon aus, daß diese Aussage ganz wörtlich zu nehmen ist und nicht auch der nachträglichen Rechtfertigung des abrupten Abbruchs des Unternehmens dient, dann kann man das Ausmaß der Fehlkalkulation ermes- sen. Nicht nur die Tatsache, daß bereits 1969 weitere 13 Millionen Subvention nachgereicht werden mußten, an der sich noch 11 Bistümer (teils mit Kollekten, teils mit Kirchensteuermitteln beteiligten), und daß diese nun nicht einmal für die Liquidation der Zeitung innerhalb Jahresfrist von 1971 ausreichten, spricht, von allen Fragen abgesehen, wie kalkulierbar-rationell die Mittel von der Verlagsleitung eingesetzt wurden, für sich. Noch gründlicher verrechnet hat man sich mit der Rentabilitätsfrist (fünf Jahre) und kaum weniger gründlich mit der Rentabilitätsgrenze (100 000 Auflage). Läßt man selbst das Faktum beiseite, daß die geringe Neigung der Wirtschaft, in Publik zu inserieren, nicht nur durch das geringe Anwachsen der „echten“ Auflage, sondern durch die ständige öffentliche Diskussion über ihre mögliche Existenzbedrohung beeinträchtigt wurde, so ist doch nicht zu übersehen, daß Publik nicht nur zu keinem Werbeträger wurde, sondern keine genügend breite Zahl an sicheren Abonnenten fand, um in absehbarer Zeit an die Rentabilitätsgrenze heranzukommen.

War das in *erster Linie* verlegerisches Mißgeschick? Wohl kaum. Vielmehr scheinen die dem Finanzierungsplan zugrunde liegenden Marktanalysen getrogen zu haben. Wer seit etwa 1964 die Auflagenentwicklungen sowohl in der Kirchenpresse wie in der allgemeinen Wochenpresse verfolgte, konnte den Optimismus der Marktforscher von vornherein nicht teilen. Die Erreichung der Rentabilitätsgrenze innerhalb von fünf Jahren wäre vielleicht in den Jahren nach der Währungsreform noch möglich gewesen. Sie war aber nicht mehr möglich zu einer Zeit, wo der allgemeine Zeitschriftenmarkt bereits dicht besetzt ist und das Interesse an dem konfessionellen Marktangebot (und das bleibt eine bischöflich finanzierte Zeitung, die sich primär als Forum katholischer Diskussion versteht, immer) bereits nachzulassen schien. Die These *A. Schardts*, Publik sei am „katholischen Milieu“ gestorben, hat seine Richtigkeit, nicht nur weil Personenkreise aus diesem Milieu mit Beschwerden und Petitionen einem Teil der Bischöfe die Weiterfinanzierung verleiteten, sondern weil dieses Milieu selbst nicht durchlässig genug war, um die Zeitung

aufzunehmen und zu sichern. Doch fallen noch zwei andere Gesichtspunkte ins Auge. Das katholische Milieu hat die Zeitung nicht nur in jenen Schichten nicht aufgenommen, wo es sich einigelt und lästiger Auseinandersetzung sperrt, es fand auch bei den Katholiken, die das Mißlingen bedauern, keine genügende Unterstützung. Richtig ist auch, daß Publik über den katholischen Raum hinaus beträchtliche Resonanz gefunden hat. Aber Resonanz und (verkaufte) Auflagenhöhe sind sehr verschiedene Dinge. Es hätte wohl eines sehr langen Anlaufs bedurft, bis die Zeitung eine breitere nichtkonfessionell gebundene Leserschaft angezogen hätte, wenn es dazu gekommen wäre.

Die Frage bleibt dennoch: *Wäre Publik zu retten gewesen?* Rein finanziell ganz gewiß; auch wenn man damit rechnen mußte, daß der Subventionsbedarf die geforderten 6 Millionen pro Jahr übersteigen würde. Aber die Frage hat darüber hinaus eine publizistische und eine kirchliche Seite. Ist ein auf Dauer ökonomisch unrentables Organ publizistisch sinnvoll? Solange ein genügend breiter publizistischer Effekt erzielt, d. h. eine breite und differenzierte Leserschicht angesprochen wird, sicher. Bei einer Dauerauflage von 40 000—50 000 ist dieser Effekt rein quantitativ nicht erreicht. Aber auch hier wird man Quantität vor Qualität setzen müssen. Der reale gesellschaftliche Einfluß einer Zeitung hängt nicht von der Zahl der Abonnenten ab. Bei Publik traf dies genau zu. Da beginnt nun die kirchliche Seite. Über ein Organ, das durch Qualität besticht, aber mangels Markt mit hohen Summen subventioniert werden muß, kann nur nach Prioritätsgesichtspunkten gesellschaftlichen Wirkens der Kirche im weitesten Sinne entschieden werden. Eine Zeitung, die sich so sehr der offenen Kommunikation von Kirche und Gesellschaft verschrieb wie Publik, muß in der Prioritätenliste für kirchliche Subventionen sehr hoch rangieren. Stützungsmaßnahmen werden aber dann ambivalent, wenn das gestützte Objekt mangels Basis zum reinen Prestigeobjekt wird. Publik war nicht außerhalb dieser Gefahrenzone. Aber dies war nicht *der* Grund für die entschiedene Absage einer Mehrheit der Bischöfe, die sich jetzt dem doppelten Vorwurf ausgesetzt sehen: auf wenig stichhaltige Marktanalysen hereingefallen zu sein und

dennoch die Finanzierung nicht primär aus finanziellen, sondern aus Tendenzgründen gestoppt zu haben. Der erste Vorwurf wird bald vergessen sein, der zweite wird als Trauma dem deutschen Katholizismus bleiben.

Wie soll es weitergehen?

Auch wer nicht dramatisieren möchte und der Meinung ist, wirtschaftlichen Argumenten, die gegen eine Weiterfinanzierung von Publik sprachen, verdienen respektiert zu werden, ist einigermaßen konsterniert, wenn er die verbleibende katholische Presselandschaft zu überblicken sucht. Ein nicht geringer Teil von Katholiken wird sich in dieser Landschaft nicht wiedererkennen und noch weniger sich zu ihr bekennen wollen. Aber klaffte nicht auch in diesen Gruppen eine Kluft zwischen der Bereitschaft, für Publik zu kämpfen, und dem Willen, die Zeitung auch zu abonnieren? Doch darüber zu räsonnieren ist müßig. Die einzig realistische Frage ist nun, wie es weitergehen soll, wenn die Neugründung einer katholischen Wochenzeitung auf lange Sicht auszuschließen ist. Im innerkirchlichen Bereich bietet sich stärkere Kooperation der Kirchenpresse an, die sich gewiß auf ihr Niveau fördernd auswirken könnte. Pläne und Modelle liegen vor, sie müßten nur zu Ende diskutiert und verwirklicht werden. Aber für die innerkirchliche Kommunikation wie für das Gespräch mit der Gesamtgesellschaft ist das, was das Bischofskomunique die Verstärkung des laufenden Kontakts mit allen Kommunikationsmitteln nennt, noch wichtiger. Ein Teil des mit der Einstellung von Publik erlittenen Verlusts wäre wettgemacht, wenn es gelänge, die vorhandenen nichtkonfessionellen Wochenzeitungen für Themen aus dem Bereich Theologie und Kirche—Gesellschaft angemessen zu interessieren. Zu einem späteren Zeitpunkt bietet sich vielleicht dann doch noch einmal die Möglichkeit nicht zwar zu einer konfessionellen Neugründung, wohl aber zu einem überkonfessionellen Zusammenwirken im publizistischen Bereich, das dem Bedarf der Kirchen nach publizistischer Präsenz gerechter wird. Aber gerade die letzten beiden Ziele setzen mehr und nicht weniger Offenheit und auch tolerierte Einseitigkeit voraus.

Die Autorität der Bibel

Zu einem Studiendokument der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung

Die Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen veröffentlichte im Juli 1971 eine „Studie über die Autorität der Bibel“. Von der ersten Anregung dazu bis zur Veröffentlichung ist eine beachtliche Zeit vergangen. Diesem Umstand ist es wohl in der Hauptsache zuzuschreiben, daß die Ergebnisse der Studie nicht so brisant erscheinen, wie es ihr Gegenstand auf den ersten Blick nahelegen könnte. Die ersten Anregungen gehen zurück auf die vierte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Montreal (1963). Erkannte man damals, daß das Kriterium einer wahren Tradition des Evangeliums die „richtig interpretierte Schrift“ sei, so lag es nahe, alle Aufmerksamkeit zunächst einer gediegenen Exegese zuzuwenden. Dabei zeigte sich sehr bald nicht nur eine überraschende Übereinstimmung in den Grundfragen der Exegese, sondern auch in der Anwendung hermeneutischer Regeln.

Der ersten Überraschung über diese Gemeinsamkeit folgte die Frage, ob denn erst *dieselben hermeneutischen Regeln* die Exegeten verschiedener konfessioneller Herkunft und Kirchenzugehörigkeit zu gemeinsamem Gespräch und Studium zusammenführen. Ist die Bibel tatsächlich dabei, die verschiedenen Konfessionen einander wieder näherzubringen, nachdem doch gerade die Berufung auf die Bibel die Verschiedenheit der Konfessionen schaffte? Zudem erkennt jede Konfession die Bibel als Autorität für ihr Denken und Handeln an.

Wenn also schon gleiche hermeneutische Regeln Konfessionen einander näherbringen und sie alle die Autorität der Bibel anerkennen, dann stellt sich wie von selbst einmal die Frage, was denn die Autorität der Bibel ausmacht und was sie eigentlich ist. Dieser Punkt war denn auch in der biblischen Arbeit des Weltkirchenrates erreicht, so daß auf Empfehlung der Kommission für Glauben und